



ÄRZTEKAMMER BERLIN Friedrichstraße 16 · 10969 Berlin

ÄRZTEKAMMER BERLIN

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Ansprechpartner Sascha Rudat

Telefon 0 30 / 4 08 06 - 4100
Zentrale 0 30 / 4 08 06 - 0
Fax 0 30 / 4 08 06 - 4199

An die Kolleginnen und Kollegen
in den Medien

Email s.rudat@aekb.de
nicht für Dokumente mit
elektronischer Signatur

www. aerztekammer-berlin.de

Berlin, 25. Juni 2015

6/2015

Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin unterstützt Streikziele der Charité-Streikenden

**Berliner Ärzteparlament fordert Politik erneut zur grundlegenden
Überarbeitung des Fallpauschalensystems auf**

Die Delegiertenversammlung (DV) der Ärztekammer Berlin hat in ihrer Sitzung am Mittwoch einstimmig eine Erklärung verabschiedet, in der sie die Ziele des streikenden Pflegepersonals der Charité unterstützt und von den politisch Verantwortlichen erneut die grundlegende Überarbeitung des Fallpauschalensystems (DRGs) fordert. Nachfolgend finden Sie die Erklärung des Berliner Ärzteparlamentes im Wortlaut:

Personalmangel gefährdet die Qualität der Patientenversorgung

Die Pflegekräfte der Charité streiken seit dem 22. Juni. Wesentliches Streikziel ist die Festlegung von Mindeststandards zur Personalbemessung in der Pflege und zwar nicht nur auf den Intensiv- sondern auch auf den peripheren Pflegestationen.

Die Ärztekammer Berlin unterstützt die Beschäftigten der Charité in dieser Frage ausdrücklich.

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG

Konto Nr. 0001134000
BLZ 300 606 01

IBAN DE48 3006 0601 0001 1340 00
BIC (SWIFT-Code) DAAE DE DD

Dieses politische Streikziel entspricht auch der wiederholt von Berliner Delegierten initiierten Beschlusslage des Deutschen Ärztetages in den letzten Jahren, zuletzt auch in Frankfurt am Main.

DRG-Einführung (DRG: Diagnosis Related Groups/diagnosebezogene Fallgruppen) und die rasant fortschreitende Ökonomisierung in den Krankenhäusern haben besonders im Pflegebereich der Krankenhäuser zu systematischen und dramatischen Personalreduzierungen geführt, die auch die Ärzteschaft mit großer Sorge erfüllen müssen.

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin hat auf die zu erwartenden Fehlentwicklungen bereits im März 2001 die politisch Verantwortlichen hingewiesen. Diese Fehlentwicklungen sind vollumfänglich eingetreten. Wären DRGs ein Medikament, müssten sie unverzüglich aus dem Verkehr gezogen werden. Fast alle Wirkungen sind ausgeblieben, alle Nebenwirkungen sind eingetreten.

Die DV der Ärztekammer Berlin fordert die politisch Verantwortlichen erneut auf, Maßnahmen zu ergreifen, das DRG-System unverzüglich nachzubessern.

Der Berliner Senat wird aufgefordert, seinen Einfluss geltend zu machen, den Landesbasisfallwert anzuheben, um die Personalkosten in Medizin und Pflege abzubauen und seinem Anspruch auf eine „Gesundheitsstadt mit internationaler Geltung“ tatsächlich gerecht zu werden.

Die DV fordert insbesondere Ärztinnen und Ärzte in politischer Verantwortung auf Bundes- und Landesebene auf, ihren Einfluss ebenfalls geltend zu machen.

Die DV fordert die Beschäftigten in den Kliniken auf, auch mit Hilfe der bestehenden Fehlerlernsysteme (CIRS-Berlin), Engpässe in der Patientenversorgung mit Gefährdung der Patientensicherheit zu melden und Möglichkeiten zur Abhilfe zu suchen.

ÄRZTEKAMMER BERLIN

– Pressestelle –

Sascha Rudat, Tel. 030/ 40 80 6-4100/-4101

E-Mail: presse@aerztekammer-berlin.de